

## Hans-Wilm Schütte

### Taiwans Standort

#### Positionen, Hintergründe und Perspektiven im Konflikt mit der VR China

#### Teil 1

### Taiwans Dilemma

Als Richard Bush im Auftrag von Taiwans früherer Schutzmacht USA Taiwans Präsidenten Li Teng-hui am 23. Juli fragte, warum er die Beziehungen zu Festlandschina nunmehr als „besondere zwischenstaatliche“ Beziehungen statt zuvor als solche zwischen zwei politischen „Gebilden“ definiere, erklärte dieser, die Neuformulierung sei „ein Ausdruck des Gefühls, den das Staatsoberhaupt mit der Mehrheit der Taiwaner teilt, sowie ein Schritt, der den Respekt vor der öffentlichen Meinung in einer Demokratie bezeugt.“ (Central News Agency, Taibei, nach SWB, 26.7.99)

Auch die Gegenseite, die Volksrepublik China, beruft sich auf die „taiwanischen Landsleute“. Wie das ganze chinesische Volk seien auch diese entschlossen, „die friedliche Wiedervereinigung des Vaterlands“ - also den Anschluß Taiwans an die VR China nach dem mit Hongkong praktizierten Grundsatz „ein Land, zwei Systeme“ - zu erzielen, wie Präsident Jiang Zemin am 18.7. gegenüber US-Präsident Clinton betonte. (XNA, 20.7.99) Die „separatistischen Äußerungen“ von Li Teng-hui würden „vom gesamten chinesischen Volk, einschließlich der Landsleute in Taiwan, entschieden abgelehnt und scharf verurteilt“, teilte die Botschaft der VR China in Bonn am 15. Juli in einer Presseerklärung mit.

Nun kann sich zwar Li Teng-hui anders als die VR-chinesischen Stimmen auf Umfragen berufen, wonach eine überwältigende Mehrheit von Taiwanern seine Zwei-Staaten-These stützt. Nur ist es mit dieser Erkenntnis nicht getan. Taiwan wird nur von 28 Staaten der Erde diplomatisch anerkannt, allesamt kleine Staaten ohne Macht und Einfluß. 13 dieser „Verbündeten“ sind so arm, daß sie in Taibei nicht einmal eine Botschaft unterhalten. Taiwan, das mit seinen 21,9 Mio. Einwohnern und 36 000 Quadratkilometern Fläche etwas größer ist als das Bundesland Nordrhein-Westfalen, ist nicht Mitglied der UNO und auch in keinen anderen internationalen Organisationen vertreten, die Staatlichkeit zur Voraussetzung haben. Vor allem aber erkennen auch die USA, die nach wie vor in einem gewissen Maß Taiwans militärische Sicherheit garantieren, das Ein-China-Prinzip an, wonach die Regie-

rung in Peking die einzige legitime chinesische Regierung ist und Souveränität über ganz China, also auch über Taiwan, besitzt. Die Leistungen Taiwans zählen auf der internationalen Bühne daher nicht, jedenfalls nicht unter politischen Gesichtspunkten: Es ist eine moderne Volkswirtschaft, die unter den Industrienationen hinsichtlich ihres Bruttoinlandsprodukts an 20. Stelle und beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung an 25. Stelle rangiert, einer der bedeutendsten Weltmarktanbieter auf dem Gebiet der zukunftsträchtigen Informationstechnik und eine feste Größe im Welthandel. Das politische System ist eine funktionierende Mehrparteien-Demokratie, die Menschenrechte sind gewahrt.

Taiwans Dilemma besteht also darin, daß es einerseits alle internen Voraussetzungen bietet, um als Mitglied der Weltstaatengemeinschaft anerkannt zu werden, daß es andererseits aber keine Hoffnung haben kann, diese Anerkennung je zu erringen, da ebendiese Weltstaatengemeinschaft nicht an den Vorgaben vorbeikommt, die die VR China als bevölkerungsstärkste Nation, größter asiatischer Machtfaktor und Mitglied des UN-Sicherheitsrats setzt. Daraus folgt, daß der Status Taiwans letztlich von der VR China abhängt.

Bislang kam die Inselrepublik mit dem Status quo zu recht. Er besteht darin, daß die VR China ihre Souveränität über Taiwan zwar beansprucht, aber nicht durchsetzt, und daß Taiwan diese Tatsache nutzt, sich politisch intern sowie wirtschaftlich intern und international frei zu entfalten. Damit stößt Taiwan jedoch an Grenzen. Die Regelung der weltweiten Handelsbeziehungen, die für Taiwan eine immer größere Rolle spielen, gestaltet sich ohne diplomatische Anerkennung und ohne Mitgliedschaft in den wichtigen internationalen Organisationen äußerst kompliziert und aufwendig. Taiwanische Bürger, die sich im Ausland aufhalten, können nicht auf den normalen Schutz zurückgreifen, den diplomatische Vertretungen gewähren. Dies gilt in verstärktem Maße gegenüber der nächstliegenden Großmacht, nämlich dem chinesischen Festland, mit dem praktische Regelungen zu treffen Taiwan ein eminentes Interesse besitzt. Und schließlich zeichnet sich eine zunehmend schwierige militärische Sicherheitslage ab. Da die VR China sich ihre Option offenhält, Taiwan gewaltsam zu erobern, und neue Lenkwaffen entwickelt, denen Taiwan beim gegenwärtigen Rüstungsstand hilflos ausgeliefert wäre, müssen die Inselstreitkräfte weiter aufrüsten. Die dazu nötige Technik einzukaufen bzw. sich in einen pazifischen Sicherheitspakt einzubinden, erweist sich jedoch als schwierig bis unmöglich, da weder die USA noch andere mögliche Waffenexporteure die VR China über Gebühr provozieren können.

Für Taiwan sollte daher ein Dialog mit der VR China allererste Priorität besitzen. Die bislang lediglich zwei Treffen der Unterhändler, 1993 in Singapur und 1998 auf dem Festland, haben jedoch vor allem eines offenbart: diametral entgegengesetzte Grundpositionen und Gesprächsinteressen. Selbst in der Vorbereitung der nächsten, auf den Herbst 1999 terminierten und nun wieder fraglich gewordenen Begegnung entstand ein derartiges Gezerre, daß konkrete, wenigstens für eine der beiden Seiten fruchtbare Ergebnisse nicht zu erwarten sind. Die Unzufriedenheit mit dem bisherigen Verlauf des Dialogs wurde denn auch von der taiwanischen Seite als ein Hauptgrund genannt,

weswegen Li Teng-hui nunmehr fordert, die Gegenseite müsse Taiwan als gleichberechtigten Partner - und zwar als Staat - anerkennen.

Was, so ist zu fragen, ist los im chinesisch-chinesischen Verhältnis? Welche Erwartungen, welche Ängste, welche Ziele prägen die Standpunkte auf beiden Seiten der Taiwan-Straße? Welche Ziele verfolgt Li Teng-hui mit seinem Anspruch auf Anerkennung Taiwans als eigenständiger Staat? Warum reagiert die VR China darauf so heftig, daß aus Lis Radiointerview eine internationale Krise entstehen konnte? Sind überhaupt Perspektiven erkennbar, den Konflikt friedlich beizulegen?

Um einer Antwort auf diese Fragen näherzukommen, soll in diesem Artikel zunächst und vor allem auf die taiwanische Bewußtseins- und Interessenlage eingegangen werden. Taiwan, dessen Waren in aller Welt gekauft werden, ist aufgrund seiner politischen Nichtexistenz auf internationalem Parkett ja so etwas wie die große Unbekannte. Zu bestimmen ist sein Standort unter folgenden Aspekten:

- historisch zum Verständnis der aus der Vergangenheit überkommenen Animositäten,
- kulturell hinsichtlich der Frage, wie „chinesisch“ Taiwan heute ist,
- politisch zur Klärung des Komplexes, welche Strömungen auf die Formulierung von Außen- und China-politik in Taiwan Einfluß nehmen,
- wirtschaftlich in bezug auf Taiwans Interessen und seine Bedeutung für die VR China,
- militärisch-sicherheitspolitisch zur Beurteilung der Frage, ob sich Taiwan gegenüber der vom Festland ausgehenden Bedrohung auf Dauer behaupten kann,
- in bezug auf das Verhältnis zur VR China, was eine Reihe praktischer Probleme mit Klärungsbedarf (Schmuggel, illegale Einwanderer, Fischereifragen etc.) angeht.

Auf der Grundlage dieser Punkte sollen sodann eine Analyse von Li Teng-huis umstrittenen Äußerungen zur Eigenstaatlichkeit Taiwans versucht sowie mögliche Perspektiven für die Zukunft diskutiert werden.

## Taiwans Standort unter historischem Aspekt

### Die „Republik China“

Taiwans offizielle Selbstbezeichnung lautet „Republik China“. Der Name verweist auf die Tatsache, daß das politische Gebilde dieses Namens nicht erst 1949 gegründet wurde, als die Regierung unter Jiang Kaishek mit zwei Millionen Festlandsbürgern - größtenteils Zivilisten sowie Soldaten - vor den Kommunisten auf die Insel floh, sondern bereits am 1. Januar 1912. Mit der Abdankung des letzten Kaisers im Februar 1912 trat sie das Erbe des chinesischen Reiches an. Sie regierte Taiwan bereits vor 1949. Auf diese Zusammenhänge und ihre Konsequenzen wies auch Li Teng-hui in seinem Interview mit der Deutschen Welle hin. „Die historische Realität ist, daß die Volksrepublik China nach ihrer Gründung 1949 niemals die Herrschaft über Taiwan, [und die von Taibei aus regierten In-

selgruppen] Penghu, Kinmen [Jinmen] und Matsu [Mazu] ausgeübt hat.“ Daß Peking Taiwan als „abtrünnige Provinz“ (pàn lǐ de yì shěng) betrachte, laufe der historischen und rechtlichen Realität daher vollkommen zuwider.

Tatsächlich zählte die „Republik China“ zu den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs und hatte in dieser Eigenschaft einen Ständigen Sitz im Uno-Sicherheitsrat inne, bis sie diesen im Herbst 1971 an die Volksrepublik China abtreten mußte. Im Unterschied zu China war Taiwan jedoch auch vor 1971 nur von relativ wenigen Staaten diplomatisch anerkannt gewesen; insbesondere unterhielten die Staaten des ehemaligen Ostblocks sowie die sozialistischen Staaten der Dritten Welt niemals diplomatische Beziehungen mit Taibei. Auch mehrere westliche Demokratien wie Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland erkannten die Taibeier Regierung nicht an. Der damals von der Jiang-Kaishek- und anschließend noch von der Jiang-Jingguo-Regierung vertretene Anspruch, die „Republik China“ sei die einzige legitime Regierung Chinas und das Festland sei lediglich von „kommunistischen Banditen“ besetzt, konnte sich daher keineswegs im gleichen Maße auf eine allgemeine Ansicht in der Weltstaatengemeinschaft stützen, wie dies heute die Volksrepublik mit ihrem Alleinvertretungsanspruch tut.

Taiwan konkurrierte mit seiner Ein-China-Doktrin und seiner Drohung, das „Banditengebiet“, also das Festland, gewaltsam zurückzuerobern noch bis 1991 mit den spiegelbildlichen Auffassungen und Zielen der Gegenseite, wie sie dort weiterhin bestehen. Dann wurden die „Sondergesetze für die Zeit der kommunistischen Rebellion“, die Taiwans Staatspräsidenten bis dahin noch diktatorische Vollmachten verliehen hatten, abgeschafft. Gemeinsam mit den kurz zuvor erlassenen „Richtlinien für die Wiedervereinigung“ bedeutete dies, daß die Regierung in Taibei ihren Alleinvertretungsanspruch aufgab, auf eine gewaltsame Rückeroberung des Festlandes verzichtete, die chinesische Regierung in Peking nicht mehr als kommunistische Banditen bezeichnete und statt dessen deren Herrschaft über das Festland als legitim anerkannte.

### Das Ein-China-Prinzip

Die Ein-China-Doktrin, die Li Teng-hui nunmehr dahingehend präzisiert, daß das eine China erst ein in der Zukunft zu schaffendes sei, vertraten beide Seiten auch nach 1991 noch gleichermaßen, doch in wesentlich verschiedenem Sinn: Während die Regierung in Peking sich mit diesem Prinzip nach wie vor als einzig legitime des einen China ausgibt und daher auch für Taiwan zuständig sei, definierte die taiwanische Seite in den „Richtlinien für die Wiedervereinigung“ das „eine China“ dahingehend, daß sich dessen Staatsgebiet aus dem Festland und Taiwan - also aus zwei politischen Gebilden - zusammensetze. Ein weiterer gravierender Unterschied im Verständnis des Ein-China-Prinzips liegt darin, daß es für die VR China den Anspruch begründet, ihre Souveränität über ganz China auch gewaltsam durchzusetzen, also, wenn nötig, Taiwan mit Waffengewalt „heim ins Reich“ zu holen. In den taiwanischen „Richtlinien für die Wiedervereinigung“ von 1991 heißt es dagegen: „Die beiden Seiten der Taiwan-Straße sollten ... auf der Grundlage des Ein-China-Prinzips alle Streitigkeiten auf friedlichem Wege lösen.“ (Wortlaut der

*Richtlinien* s. C.a., 1991/4, S. 237-239) Das taiwanische Ein-China-Prinzip schließt militärische Mittel daher aus.

Als sich die Unterhändler Wang Daohan (für die VR China) und Ku (Koo) Chen-fu (Gu Zhenfu, für Taiwan) 1993 auf das Ein-China-Prinzip als gemeinsame Basis für ihre Verhandlungen einigten, ließen sie dessen unterschiedliche Deutungen bewußt außer acht. Insofern leistet Li Teng-huis Neuinterpretation des Prinzips im Grunde nicht mehr, als auf diese Selbsttäuschung nunmehr zu verzichten. Auch Wang Daohan scheint es nicht geheuer gewesen zu sein, ein Prinzip zu vertreten, das eine gemeinsame Verhandlungsbasis nur fiktiv, aber nicht wirklich herstellte. So soll er 1998 gegenüber einer taiwanischen Delegation erklärt haben, das „eine China“ beziehe sich nicht auf die Volksrepublik China. Dies sei später vom chinesischen Vizepremier Qian Qichen vehement bestritten worden. (Central News Agency, Taipei, nach SWB, 8.4.99)

Festzuhalten bleibt, daß die VR China ihre Ein-China-Doktrin heute noch so definiert wie eh und je: als Alleinvertretungsanspruch. Der Wandel der taiwanischen Chinapolitik, den Taipei 1991 dadurch vollzog, daß es seine militärische Option aufgab und Peking anerkannte, wurde von der Pekinger Regierung hinsichtlich ihrer Taiwanpolitik nur insofern honoriert, als heute einer friedlichen Wiedervereinigung nach dem Prinzip „ein Land, zwei Systeme“ der Vorzug gegeben wird. Die taiwanische Regierung weist hier jedoch zu Recht darauf hin, daß dieses Modell, das für Hongkong und Macau als ehemalige Kolonien in Frage kam, nicht auf das Taiwan von heute als eine funktionierende Mehrparteiendemokratie anwendbar ist.

## Merkmale der Provinzgeschichte

Für die aus der Geschichte resultierende Befindlichkeit Taiwans spielt die Geschichte der „Republik China“ in Auseinandersetzung mit der Kommunistischen Partei Chinas insofern eine wesentliche Rolle, als die Regierungspartei der „Republik China“, die Nationale Volkspartei Kuomintang (Guomindang, KMT), seit 1949 den maßgeblichen Teil der politische Elite auf Taiwan gestellt und die Geschehnisse der Insel bestimmt hat. Im Bewußtsein der Bevölkerungsmehrheit jedoch war die KMT ein Eindringling. Das Festland zurückzuerobern und die „kommunistischen Banditen“ zu vertreiben, war das Interesse derer, die mit der KMT nach Taiwan geflohen waren, aber nicht Sache der taiwanischen Bevölkerung. Hierfür spielten mehrere Gründe zusammen, die teils ethnisch-historischer, teils politisch-historischer Natur sind.

Taiwan wurde in größerem Umfang erst seit dem 17. Jahrhundert von Chinesen besiedelt, und zwar vor allem von solchen aus Süd-Fujian. Die entsprechende Dialektgruppe macht heute 70 Prozent der Bevölkerung aus; ihre Angehörigen gelten als die eigentlichen Taiwaner bzw. als Taiwaner im engeren Sinn. Sie waren - ähnlich wie die zweitgrößte chinesische Volksgruppe, die Hakka (15 Prozent) - traditionell vor allem Bauern und Fischer und stellten später - und bis heute - die Arbeiterschaft und den weitaus größten Teil der Gewerbetreibenden.

Für die weitere Geschichte der Insel spielte der Umstand eine entscheidende Rolle, daß Taiwan ab 1895 für

50 Jahre japanische Kolonie wurde und damit eine völlig andere Entwicklung als das von Revolution, Bürgerkrieg und antijapanischem Widerstandskrieg geprägte Festland nahm. Zwar regierte Japan mit Härte und Willkür und behandelte die Insulaner als Menschen zweiter Klasse, verfolgte jedoch auch eine zielstrebige Wirtschaftspolitik, die der Insel eine moderne Verkehrs- und Energieinfrastruktur, eine weitgehende Industrialisierung und leistungsfähige Exportbranchen bescherte. Am Ende des Zweiten Weltkriegs wies Taiwan daher einen deutlich höheren Entwicklungsstand als das chinesische Festland (mit Ausnahme der Mandschurei) auf.

Mit der japanischen Kapitulation begann dann für Taiwan der einzige, nur vier Jahre währende Zeitraum innerhalb der letzten 105 Jahre, in dem die Insel einer Regierung auf dem chinesischen Festland unterstand. Nachdem die Bevölkerung den Anschluß an das freie China anfangs begeistert begrüßt hatte, machte sich die neue KMT-Herrschaft auf der Insel jedoch rasch unbeliebt. Am 28. Februar 1947 schließlich löste ein Vorfall in Taipei, bei dem ein Beamter einen Zivilisten erschoss, eine gegen die Organe der Provinzverwaltung gerichtete Aufstandsbewegung aus, die rasch die gesamte Provinz erfaßte (s. hierzu Günter Whittome: *Taiwan 1947: der Aufstand gegen die Kuomintang*, Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Nr. 196, Hamburg 1991). Mitglieder der taiwanischen Elite verlangten demokratische Wahlen, Rechtssicherheit sowie Rede- und Pressefreiheit. Die bald darauf folgende Niederschlagung des Aufstands forderte Hunderte von Todesopfern und hinterließ im taiwanischen Bewußtsein lang anhaltende, traumatische Spuren. Die Ereignisse blieben bis 1987 ein absolutes Tabuthema; ihre politische Aufarbeitung gelang erst Anfang der neunziger Jahre.

Das Jahr 1949 brachte dann jene Ereignisse mit sich, die Taiwans Schicksal bis heute bestimmen: Die vor der siegreich vorrückenden kommunistischen Volksbefreiungsarmee zurückweichende KMT stationierte zunächst 300.000 Soldaten auf der Insel und unterstellte sie dem Kriegsrecht. Im Dezember verlegte Jiang Kaishek den Sitz der Nationalregierung nach Taipei. Mit ihm flüchteten 2 Mio. Festländer auf die Insel.

Diese Zuzügler, die von den eingesessenen Insulanern wie eine neue Kolonialmacht empfunden wurden, verfügten im Schnitt über ein deutlich höheres Bildungsniveau als die einheimischen Taiwaner, sie sprachen Hochchinesisch (ausschließlich oder zusätzlich zu ihrem heimischen Dialekt) und stammten vorwiegend aus Großstädten. Kulturell waren sie teils von der alten chinesischen Gelehrtenkultur, teils von Amerika geprägt. Die volkreliösen Brauchtümer, die das Leben der eingesessenen Taiwaner bestimmten, waren ihnen fremd, die örtlichen Dialekte völlig unverständlich. Da die Neankömmlinge die politische Elite des taiwanischen Nationalchinas stellten und da im Rahmen des bis 1987 verlängerten, erst 1991 endgültig abgeschafften Kriegsrechts Wahlen zur Nationalversammlung nicht stattfanden, blieb die einheimische Bevölkerung der Insel von der politischen Mitwirkung in den entscheidenden Bereichen ausgeschlossen. Die daraus resultierende, oft erbittert ausgetragene Feindschaft prägte die politische Kultur Taiwans bis Mitte der neunziger Jahre (vgl. C.a. 1993/3, Ü 32) und konnte erst im Zuge der umfassenden Demokratisierung gemildert und abgebaut werden.

In der taiwanischen Parteienlandschaft bleibt die Dichotomie zwischen Einheimischen und Festländern bis heute spürbar, auch wenn es der reformierten KMT für ihren Bereich gelungen ist, die gebürtigen Taiwaner zu integrieren. Herausragender Zeuge für die erfolgreich verlaufende Taiwanisierung der Elite ist Staatspräsident Li Teng-hui, der 1923 in einem Vorort von Taipeh geboren wurde und nie das Festland besucht hat. Sein Ende 1998 geprägtes Schlagwort von den „neuen Taiwanern“ versucht, die allmähliche Verschmelzung der heterogenen Volksgruppen auf den Begriff zu bringen. Hierauf wird noch näher einzugehen sein.

## Taiwans Standort unter kulturellem Aspekt

Wie unterschiedlich Taiwans Geschichte gegenüber der des Festlandes auch in den letzten hundert Jahren verlief, so ist dennoch offensichtlich, daß sich die Insel nicht aus der chinesischen Kultur verabschiedet hat. Vielmehr ist das Gegenteil richtig: Viel stärker als auf dem Festland wurde und wird hier Chinas alte Kultur gepflegt und bewahrt. Antitraditionalistischen Ikonoklasmus hat Taiwan nie erlebt, weder 1919 im Zuge der Bewegung vom 4. Mai noch nach 1949, als die Kommunistische Partei Chinas - vor allem während der Kulturrevolution - Religion als Aberglauben bekämpfte, Tempel und Klöster schloß und Konfuzius als Erzreaktionär verdammt. Mit den Schätzen des Palastmuseums - also dem wichtigsten und größten Teil der einstigen kaiserlichen Kunstsammlung - verwahrt und pflegt Taiwan das Beste des kulturellen Erbes mehrerer Jahrtausende. Der Gegensatz zu der bislang jammervollen Präsentation und schlechten Pflege des in Peking verbliebenen Teils der Palastschätze könnte größer kaum sein.

Ebendarin wird freilich auch erkennbar, wie sehr sich die Verhältnisse auf dem Festland und auf Taiwan auseinanderentwickelt haben. Besonders deutlich ist dies in der Schrift, werden doch auf der Insel wie auch in Hongkong, Macau und unter allen Chinesen außerhalb Chinas nach wie vor die Schriftzeichen in ihrer traditionellen Form (als „Langzeichen“) verwendet, während in der VR China vereinfachte Kurzzeichen eingeführt wurden mit der Folge, daß eine die Landesgrenzen überschreitende Verständigung unter Chinesen unterschiedlicher dialektaler Herkunft über das einigende Band der Schrift nicht mehr problemlos möglich ist. Hier hat sich die VR China in einem Grade aus der Tradition verabschiedet, der als teilweise Spaltung der chinesischen Kultur angesehen werden muß.

Die Verpflichtung auf die Vergangenheit ist jedoch nur ein Aspekt. Wichtiger erscheinen heute die kulturellen Folgen, die aus Taiwans Anlehnung an Amerika und aus der Übernahme des westlichen Demokratiemodells und Menschenrechtsverständnisses resultieren. Taiwan ist diese Entwicklung nicht in den Schoß gefallen. Die bis Ende der achtziger Jahre herrschende KMT-Gerontokratie wies - unter umgekehrtem ideologischem Vorzeichen - eine ganze Reihe von Parallelen mit den Verhältnissen auf dem Festland auf. Als dann oppositionelle Kräfte ins Parlament einzogen, brachen sich die jahrelang unterdrück-

ten Frustrationen der gebürtigen Taiwaner gegenüber der festländischen Elite in häßlichen handgreiflichen Auseinandersetzungen Bahn. Seit den letzten Wahlen im Dezember 1998 mit ihrem friedlich verlaufenden Machtwechsel in den Bürgermeisterämtern von Taipeh und Kaohsiung (Gaoxiang) darf die Lehrzeit in Sachen demokratischer Streitkultur jedoch als erfolgreich absolviert gelten, auch wenn Seltsamkeiten wie die verbreitete Wählerbestechung den westlichen Beobachter nach wie vor irritieren. Informationsfreiheit, Rede- und Pressefreiheit, politischer Pluralismus, freie Wahlen, Reisefreiheit und andere bürgerliche Rechte sowie eine unabhängige Justiz haben in Taiwan ein Gemeinwesen entstehen lassen, das sich in allen Punkten von den Verhältnissen auf dem Festland gravierend unterscheidet und sich auch in anderen chinesischen Gesellschaften - in Hongkong, Macau und Singapur - nicht in gleichem Umfang wiederfindet. Es ist dieser Punkt - das Bewußtsein von Demokratie als kultureller Errungenschaft -, der Taiwans Regierung und Bevölkerung heute mehr als alle anderen Aspekte davon überzeugt, daß ein Anschluß an die VR China in deren derzeitigem Zustand nach dem Modell „ein Land, zwei Systeme“ nicht möglich ist und angesichts des schneckenhaften politischen Reformtempo auf dem Festland auf absehbare Zeit auch nicht möglich sein wird.

## Taiwans Standort unter politischem Aspekt

Taiwan ist außenpolitisch isoliert. Die Gründe dafür sind bekannt, sie haben einzig mit der VR China zu tun. Die Frage, welche Kräfte in Taiwan die Außenpolitik bestimmen, ist daher relativ irrelevant: Eine Außenpolitik im eigentlichen Sinne kann mangels bedeutender Bündnispartner nicht in nennenswertem Maße stattfinden. Über praktische Regelungen wie bilaterale Handelsabkommen, Luftverkehrsabkommen etc. oder Parlamentarierkontakte hinaus stehen Taiwan keine diplomatischen Möglichkeiten zur Vertretung seiner Interessen zur Verfügung.

Es geht in diesem Abschnitt daher in erster Linie um die Positionen, die im Parteien- und Meinungsspektrum Taiwans zur Chinapolitik bezogen werden, also um das im politischen Diskurs der Insel feststellbare Meinungsspektrum zu der Frage, wie sich Taiwan gegenüber China überhaupt politisch bewegen kann und soll.

Gehen wir von der Tatsache aus, daß die KMT als staatstragende Partei und Instrument der früheren Einparteindiktatur vor 1945 keine Wurzeln auf der Insel hatte, also gemeinsam mit der von ihr repräsentierten politischen Festlandselite vollständig neu nach Taiwan kam und hier auf eine ihr ablehnend bis feindlich eingestellte Bevölkerung traf, so könnte man erwarten, daß mit dem Aufbau demokratischer Strukturen die Demokratische Fortschrittspartei Minjindang (DPP), die die formelle Unabhängigkeit Taiwans auf ihre Fahnen geschrieben hat, zum Sprachrohr der eingesessenen Taiwaner wurde. Dies ist jedoch nur sehr begrenzt der Fall, wie schon die Wahlergebnisse zeigen: Sieht man von lokalen Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen ab, so lagen die höchsten Anteile der DPP bei einem Drittel der Stimmen, während die eingesessenen Taiwaner je nach Definition 70 bis 87

Prozent der Bevölkerung ausmachen. Der Grund dafür, daß die Parteigrenzen sich nicht nach den Volksgruppen richten, liegt in der erfolgreich verlaufenen Taiwanisierung der KMT. Mitte der neunziger Jahre stellten die gebürtigen Insulaner und ihre Nachkommen (im Unterschied zu den ebenfalls auf der Insel geborenen Nachkommen der Festländer) 69 Prozent der Parteimitglieder (nach Linda Chao, Ramon Myers: *The First Chinese Democracy. Political Life in the Republic of China on Taiwan*, Baltimore and London 1998, S. 276). Seit 1988 wird die Partei vom gebürtigen Hakka-Taiwaner Li Teng-hui geführt. Dieser Integrationsprozeß, den die einst reine Festländerpartei erfolgreich bewältigte, hatte freilich zur Folge, daß die KMT wie alle großen Volksparteien erhebliche interne Interessendivergenzen auszugleichen hat. Teilweise überstiegen diese das Integrationsvermögen der Partei, die beispielsweise von 1993 bis 1995 27 Prozent ihrer Mitglieder verlor. (Ebenda, S. 277) Vor allem spaltete sich im August 1993 eine Gruppe junger, vom Festland stammender Mitglieder aus der KMT ab und gründete die Neue Partei Xindang (NP). Deren Führung beklagte schon damals, was sie in schärferen Worten bis heute - und nunmehr im Verein mit der KP Chinas - kritisiert: daß sich das Land unter Präsident Li in Richtung auf ein unabhängiges Taiwan bewege. Mit stets unter 14 Prozent Stimmenanteil bei den landesweiten Wahlen blieb die NP jedoch ohne nennenswerten Einfluß auf die politische Willensbildung. Eine Konstellation, in der sie als „Zünglein an der Waage“ hätte Bedeutung gewinnen können, ergab sich nicht.

Die NP ist die einzige Partei, die eine aktive Wiedervereinigungspolitik befürwortet. Sie verlangt nicht nur die Öffnung der „drei Direktverbindungen“ - direkter Verkehrs-, Handels- und Telekommunikationswege mit dem Festland -, sondern schlägt auch die Einrichtung einer Freihandelszone aus den Küstenprovinzen Guangdong, Fujian und Hainan sowie Hongkong und Taiwan vor. Als Zwischenschritt zur Wiedervereinigung sei die Bildung eines Bundesstaates denkbar.

Die NP ist freilich keine kommunistisch orientierte Partei. Auch wenn sie mit ihren Vorstellungen denen der VR China am nächsten kommt, spielt das Modell „ein Land, zwei Systeme“ bei ihr keine Rolle. Vielmehr möchte sie im Hinblick auf eine raschere Annäherung zwischen China und Taiwan die Demokratisierung auf dem Festland fördern. Sie berührt sich mit der KP Chinas allerdings in ihrer hehren patriotischen Grundposition, vor der selbst grundlegende politische Differenzen zu praktischen Fragen der Tagespolitik zu schrumpfen scheinen.

Die wichtigste Oppositionspartei, die DPP, trat als entschiedene Befürworterin einer demokratischen „Republik Taiwan“ an. Als Sammelbecken der mehr oder weniger radikalen Antifestländer forderte sie in den frühen neunziger Jahren vehement demokratische Reformen. Auf ihr Betreiben hin wurde die Direktwahl des Präsidenten in die Verfassung aufgenommen. Derzeit setzt sie sich vor allem dafür ein, Volksabstimmungen verfassungsrechtlich möglich zu machen.

China - das chinesische Festland - ist für die DPP Ausland. Sie sieht sich einzig dem Wohlergehen Taiwans verpflichtet, und einzig nach diesem Maßstab bemißt sich ihr nüchternes Interesse an China. Um Taiwans Prosperität zu sichern und zu fördern - aber auch nur aus die-

sem Grund -, tritt daher auch die DPP für intensivere Festlandkontakte sowie ebenfalls für die Einrichtung der „drei Direktverbindungen“ ein. Wie allerdings das Ziel einer unabhängigen „Republik Taiwan“ erreicht werden soll, ohne das Festland zu einer Militärintervention zu provozieren, wußte die DPP nie zu klären. Sie setzt hierin in bemerkenswert irrationaler und naiver Weise auf das Prinzip Hoffnung. Dies wird auch allgemein als Grund angesehen, weswegen die DPP als typische Taiwanpartei trotz eines viel größeren Wählerpotentials landesweit nie über ein Drittel der Stimmen hinauskam. Nach dem Wahldebakel vom Dezember 1998 hat die DPP auf Betreiben ihres Präsidentschaftskandidaten Chen Shui-bian nunmehr den Automatismus fallengelassen, wonach die Partei im Falle eines Wahlsieges sogleich ein Referendum zur Unabhängigkeitsfrage veranstalten würde. Vor allem bei den bisherigen Verfassungsreformen, aber auch in vielen anderen Politikbereichen zeigte sich die DPP bisher stets in einer aktiven und initiativen Rolle. Ihre Bedeutung bei der politischen Gestaltung Taiwans geht daher über ihre relativ geringen Stimmenanteile deutlich hinaus.

Das große politische Schwergewicht in Taiwan ist freilich nach wie vor die KMT. Die Erzkonservativen und Nationalisten, die in der einstigen Monopolpartei der Jiang-Kaishek-Diktatur das Sagen hatten, sind größtenteils weggestorben oder haben die Partei verlassen. Die reformierte KMT läßt mit ihrem Zentralkomitee und dessen Ständigem Ausschuß zwar nach wie vor die KPdSU als historisches Muster dieser einst zentral gelenkten Kaderpartei erkennen, ist tatsächlich aber intern längst demokratisch organisiert. Sie steht heute nahezu geschlossen hinter ihrem langjährigen Vorsitzenden, Staatspräsident Li Teng-hui. Ein für sie günstiges Erbe aus der Zeit der Einparteiherrschaft besteht darin, daß sie über eine äußerst breite Mitgliederbasis und über ein immenses Vermögen verfügt. Beides verleiht ihr im Wahlkampf eine für die anderen Parteien bedrohliche Dominanz. Sie ist auf diese Weise aber auch mit dem Schicksal des Landes stärker verquickt und mit der Stimmung in der breiten Bevölkerung oft besser vertraut als die anderen Parteien.

Li Teng-huis unumstrittene Führungsposition zeigte sich erneut, als er am 9. Juli gegenüber der Deutschen Welle von dem „besonderen zwischenstaatlichen Verhältnis“ sprach, das die Beziehungen zwischen Taiwan und dem Festland seit 1991 charakterisiere: Die Formulierung war offenbar mit niemandem - weder mit dem Premier noch mit dem Außenminister oder dem Rat für Festlandsfragen (MAC) und wohl auch nicht mit dem Vizepräsidenten - abgesprochen gewesen. Trotzdem stimmten alle sogleich zu und erklärten, wie recht Li doch habe.

Dies war nicht das erste Mal, daß Li sich der Position der DPP annäherte, die damit erneut als Vordenkerin zu würdigen ist. Die Souveränität, mit der der Präsident die zwar nuancenkleine, doch in den Auswirkungen dramatische Akzentverschiebung in Taiwans Chinapolitik vollzog, könnte zu dem Schluß verleiten, daß er diese Politik heute allein bestimmt. Es ist aber ebenso offensichtlich, daß sich Li mit seiner Chinapolitik auf einen breiten Konsens sowohl innerhalb seiner Partei wie auch innerhalb der Gesellschaft stützt, wobei die KMT aufgrund ihrer breiten Mitgliederbasis auch als Vermittlungsorgan zwischen Basis und politischer Spitze fungiert.

Die Chinapolitik, wie sie Li Teng-hui nicht erst seit neustem betreibt, trägt gleich mehreren Umständen Rechnung:

- dem Selbstbewußtsein Taiwans als bedeutender Industrienation sowie als Demokratie - aus diesem Grunde wird jede Vereinnahmung von festländischer Seite abgelehnt und Taiwan (nicht erst seit dem 9. Juli 1999) als Staat bezeichnet,
- der chinesischen Kulturtradition und der sprachlichen Zugehörigkeit zu China - deswegen wird die schließliche Wiedervereinigung als Ziel beibehalten,
- der taiwanischen Isolierung auf internationalem Parkett sowie dem mit Gewaltandrohung bekräftigten Alleinvertretungsanspruch der VR China - deswegen wird auf eine formelle Unabhängigkeitserklärung verzichtet,
- der wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung des Festlandes für Taiwan - deswegen werden Investitionen und Reisen erlaubt und werden der Austausch von Künstlern und Wissenschaftlern sowie der chinesisch-chinesische Dialog gefördert.

Da die NP außenpolitisch nichts zu melden hat, spielen für die Formulierung zukünftiger Chinapolitik nur zwei Parteien eine Rolle: die KMT und die DPP. Beide haben sich in diesen Fragen mittlerweile soweit angenähert, daß die DPP mit ihren Positionen schon fast innerhalb jenes Meinungsspektrums liegt, das die KMT unter ihren führenden Köpfen zu verzeichnet hat. Da es zu den Grundzügen der derzeitigen Politik keine praktischen oder praktisch verantwortbaren Alternativen gibt, dreht sich die chinapolitische Diskussion auf der Insel heute nur mehr darum, ob Taiwan eine aktivere Rolle spielen könne oder solle und ob insbesondere die „drei Direktverbindungen“ aus wirtschaftlichen Gründen aufzunehmen oder aus Gründen der nationalen Sicherheit weiterhin abzulehnen seien. Blendet man die unterschiedlichen, doch aus heutiger Sicht ohnehin hypothetischen Fernziele der Unabhängigkeit Taiwans bzw. der Wiedervereinigung mit China aus, so lassen die Standpunkte, welche die vier neuen Präsidentschaftskandidaten hierzu eingenommen haben, kaum mehr Parteidifferenzen erkennen:

- Der frühere Taibeier Bürgermeister Chen Shui-bian befürwortet eine aktivere Chinapolitik und die Öffnung der Direktverbindungen. Er ist Präsidentschaftskandidat der DPP.
- James Soong (Song Chuyu), ehemals vom Volk gewählter Provinzgouverneur von Taiwan, verlangt ebenfalls eine aktivere Chinapolitik als bisher und hält die Öffnung der Direktverbindungen mit dem Festland aus wirtschaftlichen Gründen für geboten. Soong ist Mitglied der KMT, tritt aber als unabhängiger Kandidat an.
- Der jetzige Vizepräsident Lien Chan (Lian Zhan) hat angekündigt, Li Teng-huis politische Linie fortsetzen wollen. Er stimmt Li zu, daß Taiwan ein eigenständiger Staat sei, und lehnt wie dieser die Einrichtung von Direktverbindungen ab, sofern nicht vorher sicherheitsrelevante Fragen mit Peking geklärt seien. Lien wird als offizieller Kandidat der Regierungspartei ins Rennen gehen.

- Hsu Hsin-liang (Xu Xinliang) betont noch stärker als sein Exparteigenosse Chen Shui-bian die Notwendigkeit intensiver Chinakontakte sowie der Einrichtung von Direktverbindungen. Daß die DPP in diesem Punkt keine klare Linie vertrat, bildete für ihn einen wichtigen Grund, dieser Partei den Rücken zu kehren. Hsu wird als unabhängiger Kandidat antreten.

Die in Taiwan derzeit zur Auswahl stehenden chinapolitischen Positionen unterscheiden sich daher nur noch wenig voneinander. Die wichtigsten Parteien und ihre führenden Köpfe bewegen sich - abgesehen von den Fernzielen Unabhängigkeit bzw. Wiedervereinigung - im Spektrum der heute schon praktizierten Chinapolitik. Insbesondere hat keiner der Kandidaten und keine der Parteien (mit Ausnahme der hierfür belanglosen NP) erklärt, Präsident Li habe Unrecht und Taiwan könne nicht als eigenständiger Staat gelten. Freilich mögen die geringen Unterschiede unter den Kandidaten große Unterschiede im politischen Effekt zur Folge haben. Dies jedoch hängt von den politischen Reaktionen auf dem Festland ab und ist mit vielerlei Unwägbarkeiten verbunden. Eine genauere Einschätzung in diesem Punkt kann realistischerweise erst nach den Präsidentschaftswahlen im nächsten Frühjahr erfolgen.

## Exkurs: Taiwans Selbstdarstellung in *The Republic of China Yearbook*

Eine Zwischenbilanz an dieser Stelle läßt bereits einige durchaus widersprüchliche Grundmerkmale in Taiwans Standortbestimmung erkennen:

- grundsätzliche Divergenzen bei den Fernzielen: Soll eine Wiedervereinigung mit China angestrebt werden oder Taiwans Eigenstaatlichkeit auch formell verkündet werden?
- Größere Divergenzen bei der Einschätzung von Taiwans Stellung im historischen Rahmen: Mal erscheint es als eigentlicher Wahrer der chinesischen Tradition, mal als eigenständiges, modernes Staatswesen, mal als altetablierte „Republik China“, mal als junge taiwanische Demokratie,
- weitgehende Einheit hinsichtlich des derzeitigen chinapolitischen Handlungsrahmens,
- weitgehende Einheit auch hinsichtlich des politischen Diskurses: Gestritten wird um die gleichen Themen. Eine Existenz völlig disparater Wertesysteme, über die miteinander verfeindete Bevölkerungsgruppen untereinander gänzlich uneins wären, liegt heute nicht mehr vor,
- sehr weitgehende Einheit im Bewußtsein der im vergangenen Jahrzehnt aufgebauten Demokratie als unverzichtbare, nicht aufs Spiel zu setzende oder gar rückgängig zu machende kulturelle Errungenschaft.

Ein Blick auf Taiwans offizielle Selbstdarstellung soll diesen Befund an dieser Stelle illustrieren und um ein paar Facetten erweitern. Hierzu bietet sich das Jahrbuch der Republik China an, das vom Informationsdienst der Regierung herausgegeben wird. Daß diese Publikation die Regierungssicht der Dinge wiedergibt, tut, wie sich sogleich zeigen wird, nichts zur Sache. Vielmehr erweist gerade das

Maß, in dem sich die offizielle Wahrnehmung der politisch-historischen Wirklichkeit zu gewandelten Sichtweisen bequemen muß, wie fest diese Änderungen und ihre Merkmale in der staatlichen Realität und dessen Wahrnehmungsgefüge bereits verankert sind.

Zur Analyse einiger relevanter Teile herangezogen werden zwei Ausgaben des Jahrbuchs: diejenigen von 1989 und von 1999. 1989, ein Jahr nach dem Tod Jiang Jinguos und dem Amtsantritt von Präsident Li Teng-hui, hatte die Demokratisierung der „Republik China“ gerade eingesetzt. 1999, ein Jahr vor dem Ausscheiden von Li Teng-hui, sind die großen Reformen weitgehend zum Abschluß gekommen, und die Demokratie gilt als gefestigt.

## Das Kapitel „History“

Die 1989er Ausgabe widmet diesem Thema rund 39 1/2 Seiten. Davon behandeln 11 Seiten die chinesische Geschichte von vorgeschichtlichen Zeiten bis zum Ende des Kaiserreichs, gegliedert nach Dynastien. 7 1/2 Seiten stellen die Geschichte der Republik China bis 1949 dar. Auf 15 1/2 Seiten wird die KMT-Sichtweise zum Thema „Chinesische Mainland After 1949“ ausgebreitet. Der Rest von knapp 6 1/2 Seiten ist der Geschichte der „Republik China nach 1949“ gewidmet. Mit anderen Worten: Mehr als vier Fünftel des Kapitels beziehen sich auf China allgemein, weniger als ein Fünftel auf Taiwan, wobei Taiwan in den Überschriften freilich gar nicht thematisiert wird. Besonders überrascht, daß den Entwicklungen im Feindesland, nämlich in der VR China, mehr als doppelt so viel Platz eingeräumt wird wie denen in der „Republik China“ nach 1949. Tatsächlich beschränkt sich die Darstellung der eigenen Geschichte nach 1949 darauf, die Errungenschaften zu schildern, während das kommunistische China einer ausführlicheren Analyse unterzogen und die Entwicklungsphasen im einzelnen nachgezeichnet werden. So sind dem Thema Inflation (auf dem Festland in den achtziger Jahren) allein mehr als anderthalb Seiten gewidmet.

Die 1999er Fassung wirkt demgegenüber wie aus einer anderen Welt. Das Kapitel ist auf 24 Seiten gekürzt. Zieht man eine Geschichtstabelle und zwei Fotos ab, bleiben nur mehr gut 22 Seiten textlicher Darstellung über, wobei die tatsächliche Textmenge noch geringer ist, da eine größere Schrifttype gewählt wurde. Inhaltlich wird auf eine Darstellung der vormodernen chinesischen Geschichte fast völlig verzichtet (hier gibt lediglich die Geschichtstabelle einen groben Überblick) und dafür ab der ersten Seite die Begegnung Chinas mit dem Westen thematisiert. Dieser Abschnitt umfaßt gut drei Seiten. Mit den Bestrebungen Sun Yat-sens, die Mandschudynastie zu stürzen, setzt eine ausführlichere, chronologische Darstellung der chinesischen Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jhs. ein. Der Begriff „Republic of China“ oder dessen Akronym „ROC“ tauchen in keiner der Überschriften dieses sieben Seiten langen Teils auf. Die folgenden 8 1/2 Seiten tragen den Titel „History of Taiwan“, wobei die Entwicklung der Inselwirtschaft unter der japanischen Besatzung ausführlich gewürdigt wird. Die restlichen gut 2 1/2 Seiten stellen die Geschichte der „Republik China auf Taiwan“ dar.

Der Vergleich macht unübersehbar, daß sich die KMT-Regierung, die für diese Publikation indirekt verantwort-

lich zeichnet, innerhalb von zehn Jahren sowohl aus der jahrtausendealten Reihe der dynastischen Imperien als auch von ihrer Selbstidentifikation als Kommunistenfeind verabschiedet hat. Dafür hat sie Taiwan als neue Heimat entdeckt. Und sie verschließt auch nicht mehr die Augen vor den Schattenseiten ihrer diktatorischen Vergangenheit: Der Anti-KMT-Aufstand vom 28. Februar wird nicht nur im Text berücksichtigt (ca. 1/3 Seite), sondern auch mit einem Foto der Gedenkstätte versehen, mit der seit einigen Jahren in Taibei die Opfer geehrt werden. Die 1989er Ausgabe verschwiegen den Aufstand.

Die Botschaft des Geschichtskapitels in der neueren Fassung ist eindeutig: Taiwan ist die neue Heimat der „Republik China“. Ihre Vorgeschichte auf dem Festland gehört dazu. Was dort nach 1949 geschah, geht die „Republik China“ von heute nichts mehr an, und an Chinas älterer Geschichte interessiert die Tradition, die auch oder gerade heute wichtig ist: der Austausch mit der (westlichen) Welt.

## Die Landkarten

Die größte Karte in der Jahrbuch-Edition von 1989 ist eine der „Republik China“ mit der Provinzeinteilung von vor 1949 (S. 30/31). Eine entsprechende Taiwan-Karte fehlt, doch gibt es kleinere Karten, die die Penghu-Inseln (Pescadorensen), die Bevölkerungsdichte von Taiwan, die Kinmen- und Matsu-Inseln sowie die von Taiwan beanspruchten Inseln im Südchinesischen Meer zeigen (S. 170, 172, 179, 182, 183).

Erwartungsgemäß berücksichtigt die 1999er Ausgabe Taiwan kartographisch wesentlich stärker. Im hinteren Deckel ist unter der Überschrift „Taiwan - Republic of China“ eine ganzseitige physische Karte der Insel mit zwei Nebenkarten für die Kinmen- und die Matsu-Inseln wiedergegeben, auf S. 239 eine ganzseitige Karte mit dem Autobahn- und Fernstraßennetz, auf S. 233 eine kleinere mit den Eisenbahnlinien. Ganz unerwartet jedoch findet sich im vorderen Deckel eine große, zweiseitige physische Karte des chinesischen Festlandes unter der Überschrift „Republic of China“, und zwar so, als sei in den letzten 50 Jahren nichts geschehen, nämlich mit der historischen Provinzanteile. Lediglich eine kleine, in einer Ecke eingeklinkte Nebenkarte gibt unter dem Titel „Area under Chinese Communist Control“ die heutigen Grenzen wieder.

Gewiß wäre die große Chinakarte weniger verwunderlich, wenn sie mit einem historisierenden Zusatz „Republik China in den Grenzen von ...“ versehen wäre. Dies ist jedoch nicht der Fall. Im Gegenteil zeigt die Karte eine - offenbar bis heute liebevoll gepflegte - historische Fiktion. Dies erweist sich vor allem daran, daß die Äußere Mongolei nach wie vor als Teil Chinas ausgegeben wird. Tatsächlich war das Territorium der späteren Mongolischen Volksrepublik bis 1911 Teil des Mandschureiches. Die Mongolei erklärte dann jedoch ihre Selbständigkeit. Sie wurde 1915 zwar erneut von chinesischen Truppen - also von der Republik China - besetzt, doch konnten diese die Mongolei nicht auf Dauer halten und wurden 1919 wieder vertrieben.

Daß eine derart realitätsferne Chinakarte noch achtzig Jahre später kommentarlos im Handbuch der „Repu-

blik China“ auftaucht, kann wohl nur so gedeutet werden, daß die alte republikchinesische Ein-China-Doktrin in der KMT bzw. in den Organen der KMT-Regierung, zu denen das Government Information Office als Jahrbuch-Herausgeber gehört, nach wie vor aktive Befürworter besitzt. Die politischen Entwicklungen der letzten acht Jahre - 1991 erkannte die KMT-Regierung die Regierung in Peking als legitime Regierung auf dem chinesischen Festland an - werden von manchen Kräften in der KMT also nach wie vor ignoriert, und diese Kräfte sind offenbar stark genug, in einer offiziellen staatlichen Publikation eine Spur zu hinterlassen.

## Das Kapitel „Political Parties“

Dieser Teil umfaßt in der Ausgabe von 1989 zehn Seiten, von denen sich knapp sechs Seiten auf die KMT beziehen. Auf zusammen einer Seite werden zwei weitere Parteien behandelt, die zwar nie eine politische Rolle spielten, aber bereits vor 1949 gegründet wurden (Young China Party und China Democratic Socialist Party). Alle anderen Parteien, darunter die DPP, werden unter der Überschrift „Emerging Competitive System“ abgehandelt bzw. erscheinen in einer anderthalb Seiten langen Tabelle.

Die aktuelle Ausgabe des Handbuchs stellt im Rahmen eines thematisch umfassenderen Kapitels mit dem Titel „Political Parties and Elections“ nur noch KMT, DPP und NP auf zusammen wenig mehr als drei Seiten vor. Dabei eröffnet zwar die KMT den Reigen, die DPP erhält mit knapp anderthalb Seiten inklusive Foto jedoch mehr Raum als jene. NP (mit Foto) und KMT (ohne Foto) teilen sich die verbleibenden anderthalb Seiten, wobei die KMT etwas ausführlicher gewürdigt wird.

Hier spiegelt das Handbuch im Wandel der Darstellung die Änderung der politischen Gegebenheiten nüchtern wider. Auch die Sachlichkeit im Text entspricht dem Eindruck, daß in Respekt vor der neuen Demokratie und ihren Akteuren eine gerechte Gleichbehandlung der in den gesetzgebenden Organen vertretenen Parteien erzielt wurde. Diese werden damit als gleich legitime Wettbewerber um die politische Macht ausgewiesen.

## Zusammenfassende Auswertung der Handbuch-Analyse

Insgesamt gesehen schlägt sich im Vergleich der beiden Handbuch-Ausgaben der tiefgreifende Wandel, den Taiwan in den letzten zehn Jahren bewußtseinsmäßig und hinsichtlich seines politischen Systems erfuhr, mit unübersehbarer Klarheit nieder. Die „Republik China“ ist nicht nur demokratisch, sondern auch entschieden taiwanisch geworden. Sie hat die diktatorische Dominanz der alten KMT-Herrschaft überwunden und pflegt ein modernes, aufgeklärtes Verhältnis zu ihren chinesischen Traditionen. Widerspruchsfrei ist dieses Bild jedoch noch nicht. Die Vision der „Republik China“ als Großreich auf dem Kontinent ist offenbar zu schön, als daß manche sie schon gänzlich aufgeben möchten.